



Langenthal, 7. Mai 2012

## Überparteiliche Motion zur Einführung von Schulsozialarbeit in Langenthal

### Motionstext:

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat fristgerecht eine Vorlage zu unterbreiten, so dass auf Beginn des Schuljahres 2013/14 oder, falls wichtige Gründe einen vorherigen Start verhindern, spätestens auf Beginn des Schuljahres 2014/15 in Langenthal eine flächendeckende Schulsozialarbeit eingeführt wird.

### Begründung:

- 45 Gemeinden (darunter alle Gymnasiums-Gemeinden ausser Langenthal) haben Schulsozialarbeit bereits eingeführt, rund 40 weitere Gemeinden planen die Einführung.
- Mit dem revidierten Volksschulgesetz trägt der Kanton neu 30% der Kosten für Schulsozialarbeit. Der Kanton setzt damit ein klares Zeichen für die Schulsozialarbeit. Er erachtet das Angebot als wirkungsvolle, präventive Unterstützungsmassnahme, ihr Wert ist unumstritten.
- Schulsozialarbeit ist ein Angebot, das von Schüler/-innen, Eltern und Lehrpersonen unbürokratisch in Anspruch genommen werden kann. Im Gegensatz zu anderen Unterstützungsangeboten ist sie in der Schule räumlich anwesend. Dort bietet sie Beratungen und Interventionen an. Schulsozialarbeit begleitet und berät Jugendliche in schwierigen Situationen, entlastet Lehrpersonen und stützt Familien. Schulsozialarbeiter/-innen führen Projekte mit Gruppen oder in Klassen durch und beteiligen sich an Fragen der Schulentwicklung. Schulsozialarbeit ist niederschwellig und kann durch kein anderes Angebot ersetzt werden.
- 98 von 144 Lehrpersonen erachten die Einführung einer Schulsozialarbeit als notwendig. In allen Schulzentren Langenthals würde die Einführung von Schulsozialarbeit mehrheitlich begrüsst. Dies ergab eine Umfrage vom Juli 2011 im Rahmen einer Bachelorarbeit an der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW).
- Das Sozialamt der Stadt Langenthal erhält rund 15-20 Gefährdungsmeldungen von Schulen pro Jahr. Meist sind die Probleme der darin befindlichen Kinder, Jugendlichen und Familiensysteme bereits derart fortgeschritten und komplex, dass teure sozialpädagogische Massnahmen folgen müssen. Erfahrungen in verschiedenen Gemeinden zeigen, dass die Anzahl Gefährdungsmeldungen mit der Einführung von Schulsozialarbeit abnimmt.
- Sämtliche, in der erwähnten Bachelorarbeit befragten, Fachkreise (Erziehungsberatung, Sozialamt, Volksschulkommission) befürworten die Erarbeitung eines Konzepts zur Einführung von Schulsozialarbeit (vgl. Prüfbericht vom 14. September 2011 zum Postulat „Einführung einer Schulsozialarbeit für Langenthal“).

Die erstunterzeichnenden Partei- bzw. Fraktionspräsident/-innen:

Pierre Masson, SP   Daniel Steiner, EVP   Anna Aeberhard, Grüne   Manuel Ischi, glp